



Schwäbisch Gmünd, 10.07.2018
Gemeinderatsdrucksache Nr. 152/2018

Vorlage an

Verwaltungsausschuss

zur Vorberatung
- öffentlich -

Gemeinderat

zur Beschlussfassung
- öffentlich -

Musterresolution Agenda 2030

Anlagen:

Anlage 1 - Musterresolution „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

Anlage 2 - Agenda 2030: 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung – Sustainable Development Goals (SDGs)

Beschlussantrag:

- 1.) Der Gemeinderat stimmt der Unterzeichnung der Resolution „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen zu.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Strategie für die kommunale Entwicklungspolitik im Sinne der Resolution „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ auszuarbeiten.



Sachverhalt und Antragsbegründung:

1. Einleitung

In der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung verabschiedeten die Vereinten Nationen im September 2015 als Nachfolge zu den Millenniums-Entwicklungszielen 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs), die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen. Im Unterschied zu den Millenniumszielen, die insbesondere Entwicklungsländern galten, wurden die SDGs mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft in aller Welt entwickelt und gelten für alle Staaten.

Die 17 SDGs berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt und Wirtschaft – gleichermaßen. Die 17 Ziele sind unteilbar und bedingen einander. Ihnen sind fünf Kernbotschaften als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft. Im Englischen spricht man von den "5 Ps": People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership.

In ihren neuen Entwicklungszielen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Welt haben die Vereinten Nationen auch erstmals auch die Rolle der Kommunen als Akteure für eine nachhaltige Entwicklung hervorgehoben (Ziel 11: „Nachhaltige Städte und Siedlungen – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“).

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung drückt die internationale Staatengemeinschaft ihre Überzeugung aus, dass sich die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösen lassen. Die Agenda schafft die Grundlage dafür, weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit sozialer Gerechtigkeit sowie im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde und mit einer nachhaltigen Nutzung der Ressourcen zu gestalten.

Ziel der Resolution zur Agenda 2030 ist es, Städte und Kommunen als Akteure der kommunalen Entwicklungspolitik stärker zu berücksichtigen. Bund und Länder werden aufgefordert, Städte und Kommunen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen.

2. Welche Verpflichtungen resultieren aus der Unterzeichnung und welchen Nutzen können die Städte aus einer Unterzeichnung ziehen?

Im Rahmen der Verpflichtungen geht es um das konkrete Engagement der Kommunen bei der Umsetzung der Ziele der Agenda 2030. Hier werden Maßnahmen in drei Handlungsfeldern genannt, wobei eine Beteiligung jeweils optional zu sehen ist.

- Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Zielen der Agenda 2030
- Maßnahmen der Vernetzung und Interessensvertretung – Schaffung und Unterstützung eines breiten Bündnisses aus lokalen Akteuren, um die Agenda 2030 in allen gesellschaftlichen Gruppen zu verankern



- Übertragung der Agenda 2030 auf die kommunale Ebene: dabei sollen bestehende und neue Maßnahmen oder Strategien der sozialen, ökologischen, ökonomischen oder politisch-kulturellen Nachhaltigkeit mit einem oder mehreren der 17 Ziele in Zusammenhang gebracht und national und international sichtbar gemacht werden. Zugleich sollen kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankert werden.

Den Nutzen für die Städte sieht der Deutsche Städtetag in folgenden Punkten:

- Beratung und finanzielle Unterstützung durch die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW). Die SKEW gehört als Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland zur Engagement Global gGmbH, die als zentrale Servicestelle im Auftrag der Bundesregierung alle vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanzierten Einrichtungen und Programme zur Förderung des bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit bündelt.
- Regelmäßige Vernetzungstreffen und Erfahrungsaustausch über aktuelle globale Entwicklungen, Nachhaltigkeitsstrategien und Projekte.
- Erweiterung und Vertiefung des Städtepartnerschaftsnetzes und der Projektzusammenarbeit mit Kommunen aus Ländern des globalen Südens. Förderung der Strukturen der Selbstverwaltung und Unterstützung des kommunalen Wissenstransfers in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit.
- Stärkung der Zusammenarbeit teilnehmender Städte und Sichtbarmachung kommunaler Erfolge national und international.
- Aktive Beteiligung an kommunalrelevanten Vorhaben der Vereinten Nationen, um die kommunale Selbstverwaltung weltweit zu stärken, kommunale Interessen weltweit zu bündeln und den Anliegen der Kommunen global Gehör zu verschaffen.

3. Ziel

Die Musterresolution des Deutschen Städtetages und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas bietet die Chance für die Politik, ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Stadtentwicklung abzulegen. Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung die Unterzeichnung der Musterresolution des Deutschen Städtetages und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas. Die Unterzeichnung dieses Papiers bringt den Willen und die Unterstützung der lokalen Politik für eine nachhaltige Entwicklung zum Aus-



druck und stärkt damit auch die Stellung derer in Zivilgesellschaft und Verwaltung, die mit der Realisierung der Zielvorstellungen der Agenda 2030 betraut sind.

Diese Resolution soll Ausgangspunkt für ein stärkeres Engagement der Stadt Schwäbisch Gmünd in der kommunalen Entwicklungspolitik sein. Um den Vorsätzen der Resolution gerecht zu werden, soll zudem eine Strategie für die kommunale Entwicklungspolitik erarbeitet werden. Diese Strategie soll in Anlehnung an die Agenda 2030 der Vereinten Nationen den Rahmen für das entwicklungspolitische Engagement der Stadt bis zum Jahr 2030 festlegen.